

## GRENZPROBLEME ZWISCHEN CHINA UND VIETNAM?

Oskar Weggel

Von den zwei Grenzen, die China und Vietnam trennen, war bisher nur die Seegrenze offen umstritten, während die Landgrenze in der Grauzone blieb. Unter den zahlreichen Problemen, die sich seit 1975 zwischen beiden Nachbarn herausentwickelt haben, spielt denn auch die Frage der Landgrenze nur eine verhältnismäßig untergeordnete Rolle. Nachdem es an einzelnen Stellen des Grenzbereichs freilich zu einem regelrechten Lautsprecherkrieg gekommen ist, und nachdem möglicherweise sogar militärische Scharmützel stattgefunden haben, die in Zusammenhang mit einer von Vietnam behaupteten "illegalen Landnahme" durch chinesische Behörden stehen, könnte die Grenzfrage langfristig zu einem Zankapfel werden, der zumindest der beiderseitigen Propaganda Nahrung gibt. Militärische Auseinandersetzungen großen Stils zwischen den 150.000 chinesischen und den 50.000 vietnamesischen Soldaten beiderseits der Grenze sind allerdings aus zwei Gründen unwahrscheinlich: Zum einen könnten sie sich im Hochgebirgsgelände entlang der Yünnan-Grenze kaum strategisch auswirken, zum anderen ließen sich durch den Einsatz des Militärs keine sinnvollen Ziele verfolgen. Die Grenze selbst ist nach wie vor eher eine De-facto- als eine De-jure-Grenze: In vorkolonialer Zeit bestand kein Anlaß zur Grenzziehung. Die französischen Kolonialherren haben dann zwar gemeinsam mit Manchu-China präzise Grenzen festgelegt, versuchten aber trotz solcher (ungleicher!) Vertragsabmachungen, durch planvolle Eisenbahnbauten nach Norden die Grenzen zu China hin vollends "aufzuweichen". In der nachkolonialen Zeit haben Peking und Hanoi zwar Grenzhandelsvereinbarungen getroffen und durch ihre Lokalbehörden Grenzkontrollabmachungen festlegen lassen. Eine Abgrenzung nach demselben Schema, wie es China gegenüber Birma, Nepal, Pakistan, Afghanistan und der Mongolischen Volksrepublik entwickelt hat, wurde allerdings nie vorgenommen.

China und Vietnam wären gut beraten, im Grenzbereich das "Kampffeld einzuengen und das Verhandlungsfeld auszuweiten." Es besteht jedoch die Gefahr, daß im Zeichen wachsender sino-vietnamesischer Auseinandersetzungen, auch die Grenzfrage künftig propagandistisch hochgespielt wird.

### **I. Das Register der gegenseitigen Vorwürfe und der Stellenwert der Grenzfrage**

#### **1. Vorwürfe Chinas an Vietnam**

Fünf Punkte sind es vor allem, die in letzter Zeit im Mittelpunkt der Beschwerden Chinas an die Adresse Hanois gestanden haben:

- Da ist zunächst die "Anzettelung des vietnamesisch-kampucheanischen Grenzkonflikts durch die vietnamesischen Behörden", die bereits eine "Geschichte von drei Jahren" aufweise und 1977 in einen Krieg eskaliert sei. Obwohl Vietnam und Kampuchea 1966 und 1967 Grenzabmachungen getroffen hätten, habe sich Hanoi nach dem Sieg über Saigon an solche Vereinbarungen nicht mehr gebunden gefühlt, sondern stattdessen die Insel Wei und Teile des kambodschanischen Festlandes besetzt. Dabei habe Hanoi zur Gewalt gegriffen. Es strebe danach, die Vorherrschaft

in Südostasien zu erringen. Der erste Schritt dazu sei eine "Indochinesische Föderation", die Laos und Kambodscha unter vietnamesischer Führung umfasse. In einem zweiten Schritt solle sodann die ASEAN durch eine sog. "Organisation für Südasiatische Regionale Zusammenarbeit" ersetzt werden, die große Ähnlichkeit mit dem von Moskau propagierten "System der kollektiven Sicherheit in Asien" aufweise (1).

- Ein zweiter Vorwurf richtet sich gegen die Vertreibung mehrerer Zehntausend früher in Südvietnam ansässiger Auslandschinesen, die gegen chinesisch-vietnamesische Abmachungen aus dem Jahre 1955 verstoße (2).

- Verärgerung und scharfe Proteste hat auch die vietnamesische Politik in der Frage der Errichtung chinesischer Generalkonsulate in Ho-Chi-Minh-Stadt, Danang und Haiphong hervorgerufen. Seit August 1976 habe China den Wunsch nach Einrichtung solcher Konsulate geäußert, die ja nur ein Pendant zu den bereits seit 1955 und 1956 bestehenden Generalkonsu-

laten Vietnams in K'un-ming, Nan-ning und Kuang-chou seien. Hanoi habe jedoch den chinesischen Wünschen so viele Ausreden und Widerstände entgegengesetzt, daß man schließlich von seiten Pekings freiwillig auf die Einrichtung der Konsulate verzichtet habe, gleichzeitig aber auch gezwungen gewesen sei, die Vietnamesen zur Schließung ihrer bereits bestehenden Konsulate aufzufordern (3).

- Besonders schwere Vorwürfe erhebt China gegenüber der hinter allen Aktionen vermuteten Zusammenarbeit Vietnams mit der Sowjetunion. Die Invasion der vietnamesischen Behörden in Kampuchea zur Schaffung einer "Indochinesischen Föderation" und ihre Aktivitäten in Südostasien zur Umgestaltung der ASEAN im Sinne des sowjetischen Kollektiven Sicherheitssystems sei durch die Sowjetunion initiiert worden. Wenn Moskau seinen vietnamesischen Verbündeten als "zuverlässigen Vorposten des Sozialismus in Südostasien" rühme, und wenn es Vietnam außerdem vor kurzem in das COMECON mitaufgenommen habe, so spreche dies eine deutliche Sprache. Die Sowjetunion sei der "Drahtzieher der regionalen Hegemoniebestrebungen der vietnamesischen Behörden". Die Vietnamesen seien heute in Gefahr, genauso zu "Spießgesellen der Sowjetunion" zu werden, wie dies bei Kuba bereits der Fall sei (4). Mit Genugtuung sei hier vermerkt, daß in C.a. seit 1973 diese Meinung - wenn auch mit anderen Worten - konsequent vertreten worden ist - sehr zum Mißvergnügen einiger Kritiker, die stets die offizielle jeweilige Sprachregelung Pekings übernommen haben.

Daneben bestehen Verdachtsmomente für eine vietnamesisch-sowjetische Zusammenarbeit, die von der chinesischen Propaganda zwar nicht offiziell aufgegriffen, von Peking aber wahrscheinlich ernst genommen werden, nämlich die Meldung der Einrichtung einer sowjetischen Raketenbasis im Hafen von Cam Ranh an der südvietnamesischen Küste. Dieser früher von der US-Marine ausgebaute Hafen war den Nordvietnamesen nahezu unversehrt in die Hände gefallen und würde sich für das behauptete Raketen Vorhaben gut eignen. Angeblich sollen in Cam Ranh z.Zt. sechs sowjetische Raketen mit Richtung auf China installiert worden sein (5). Die Information stammt von einem 33jährigen Auslandschinesen, der sich 1965 dem Vietkong angeschlossen hatte und der nach der Tet-Offensive im Februar 1968 in Saigon als Untergrundagent des Vietkong gewirkt hatte (6). Ferner sollen mehrere sowjetische Kriegsschiffe in der Nähe der Cat-Ba-Insel (nahe Haiphong) gekreuzt haben. Es handelte sich dabei um Einheiten der 3.000-t-Klasse (7). Schließlich sollen die Vietnamesen mit sowjetischer Hilfe nahe der Grenze zum chinesischen Yünnan Radaranlagen installiert haben, und zwar an drei verschiedenen Plätzen. Auch diese Meldung stammt von einem Auslandschinesen, der nach China flüchtete (8).

- Schließlich gab es auch noch einen offiziellen Vorwurf Chinas an Vietnam, es verletze das "Grenzkontrollabkommen" (Näheres dazu unten).

## 2. Vorwürfe Vietnams an China

In einem zusammenfassenden Artikel brachte Radio Hanoi (9) eine Übersicht über fünf "Eskalationsmaßnahmen" der VR China gegenüber Vietnam:

- Am 1. Mai 1978 habe die Kampagne gegen die angebliche Vertreibung von Auslandschinesen aus Vietnam begonnen.

- Am 24. Mai übersandte das chinesische Außenministerium eine Note an den vietnamesischen Botschafter in Peking, in der es mitteilte, daß China seine finanzielle Hilfe für 21 Projekte zurückziehe. Am 31. Mai wurden 51 weitere Projekte gestoppt.

- Die "dritte Eskalation" ereignete sich am 12. Juni, als China einseitig beschloß, Schiffe nach Haiphong und Ho-Chi-Minh-Stadt zu entsenden, um die diskriminierten Auslandschinesen zurückzuholen. Gleichzeitig hätten sich die bis dahin stattgefundenen neun Sitzungen der vietnamesischen Konsularabteilung mit der chinesischen Botschaft in Vietnam totgelaufen.

- Die "vierte Eskalation" habe in dem Beschluß bestanden, die drei vietnamesischen Generalkonsulate in K'un-ming, Nan-ning und Kanton am 17. Juni zu schließen.

- Fünftens habe China dann am 3. Juli der SVR Vietnam mitgeteilt, daß die gesamte chinesische Entwicklungshilfe hiermit eingestellt sei und daß sämtliche chinesischen Spezialisten zurückberufen würden.

Neben diesen fünf Punkten erhob Vietnam noch folgende weitere Vorwürfe:

- China liefere Waffen an Kambodscha und leiste auch sonst jegliche erdenkliche Unterstützung an dieses Land. In einem Bericht von Radio Hanoi (10) wird das Unternehmen eines kambodschanischen Stoßtrupps geschildert, das von Anfang an unter strikter Überwachung vietnamesischer Verfolger gestanden habe und das dann auch vereitelt worden sei. Die Kambodschaner hätten "verbesserte B-41-Gewehre", die erst kürzlich aus China geliefert worden seien, "bei sich geführt" und außerdem Uniformen vom "chinesischen Suchou-Typ" getragen. Schließlich hätten sie noch chinesische Flammenwerfer mit sich geführt, mit denen sie Dörfer anzuzünden beabsichtigten.

- Der Katalog der Vorwürfe wird endlich noch vervollständigt durch die Behauptung, Peking verletze die Grenzen Vietnams, und zwar sowohl im See- als auch im Landbereich. Seit die Chinesen die Hsi-sha (= Paracel)-Gruppe besetzt hätten - dies war im Januar 1974 der Fall - habe Hanoi eine Delegation nach Peking entsandt, um die "Territorial- und Grenzfragen" zu diskutieren, doch seien diese Gespräche kaum vorangekommen (11). Die vietnamesischen Gravamina hinsichtlich der Seegrenze sind seit langem bekannt. Neu dagegen ist ein Angriff, den Radio Hanoi am 4. Juli 1978 wegen der "illegalen Besetzung von neunzig Gebieten in der Cao-Lang-Provinz durch chinesische Truppen" gestartet hat (12). Diese Provinz teile mit China eine Grenze von 500 km. Tausende von Chinesen seien hier illegal eingedrungen und hätten sich im Bau-Lac-Distrikt und anderen Arealen niedergelassen. Bei den Siedlern handle es sich nicht um Personen, die immer schon nahe der Grenze gelebt hätten - denn diese stünden zu den Vietnamesen in bestem Einvernehmen -, sondern um Leute aus dem Landesinneren. Einer der "heißesten

Punkte" entlang der Grenze seien die Ban-Goc-Wasserfälle, die nahezu dreißig Meter hoch seien. China habe schon häufig Druck auf Vietnam ausgeübt, um das Anerkenntnis zu erreichen, daß diese Wasserfälle zum chinesischen Territorium gehörten.

Am 2. Juli bereits hatte Radio Hanoi (13) die Chinesen angeklagt, sie hätten entlang der gemeinsamen 1.200-km-Grenze ihre Miliz angewiesen, das Feuer auf vietnamesisches Gebiet zu eröffnen; außerdem seien chinesische Kampfflugzeuge illegal in den vietnamesischen Grenzluftraum eingedrungen. Ferner hätten die Chinesen Grenzbefestigungen angelegt und Grenzkanäle gezogen (14). China bezeichnete diese "Verletzung" des Luftraums als eine "frei erfundene Lüge" (15).

Zusammenfassend kann man feststellen, daß inmitten all der anderen Vorwürfe der Grenzkonflikt eine ziemlich untergeordnete Rolle spielt. Immerhin handelte es sich hier aber, vor allem was die Landgrenzen anbelangt, um einen neuen Streitpunkt. Es mag zwar schon länger Dispute gegeben haben - für die Außenwelt waren sie bisher jedoch verborgen geblieben. Sollte sich das vietnamesisch-chinesische Verhältnis weiter verschlechtern, könnte aus der bisherigen Nebenfrage bald ein Hauptproblem werden - vor allem dann, wenn nicht mehr Verhandlungen, sondern die Waffen sprechen. Anfang März 1978 soll es nach Gerüchten aus Hong Kong (16) bereits zu regelrechten Panzerschlachten zwischen chinesischen und vietnamesischen Verbänden gekommen sein. Sowohl die chinesische als auch die vietnamesische Seite haben solche Informationen als Gerüchte dementiert.

Selbst wenn kein Krieg mit Waffen stattgefunden hat, so ist an der Grenze der beiderseitige Lautsprecher-Krieg voll im Gang (17). Beiderseits der Grenzen stehen außerdem starke Verbände: auf chinesischer Seite rund 150.000, auf vietnamesischer Seite 50.000 Mann. Bis vor kurzem standen sich außerdem in Laos 5.000 chinesische Pioniere und rund 25.000 Vietnamesen gegenüber. Erst durch den Rückzug der Chinesen im Juni 1978 haben die Vietnamesen hier ein ganz eindeutiges militärisches Übergewicht erlangt. Schließlich sind in Südvietnam, entlang der kambodschanischen Grenze, rund 60.000 vietnamesische Infanteristen stationiert, während auf kambodschanischer Seite wiederum 6.000 chinesische Pioniere stehen (18).

Kleinere Zwischenfälle mit tödlichem Ausgang (im Januar 1978 starben bei einem chinesisch-vietnamesischen Zusammenstoß beispielsweise 30 vietnamesische Soldaten) sind angesichts der Konfrontation an der Tagesordnung. Sie sind jedoch nicht neu, sondern reichen, wie Chefredakteur Hoang Tung versichert, bis in die frühen siebziger Jahre zurück (19). Die Gefahr eines großangelegten Grenzkrieges erscheint dagegen, zumindest nach der derzeitigen Lage, unwahrscheinlich. Wem sollte ein solcher Krieg schon nützen und mit welchem Ziele könnte er geführt werden? Lachender Dritter wäre ganz bestimmt die Sowjetunion.

## II. Die chinesisch-vietnamesische Grenze unter politischen und rechtlichen Gesichtspunkten

Zwischen China und Vietnam verlaufen zwei Arten

von Grenzen, nämlich zur See und zu Land

### 1. Die Seegrenzen zwischen Vietnam und China

Die im Südchinesischen Meer verlaufende Seegrenze war in der Vergangenheit bereits Gegenstand häufiger Auseinandersetzungen und wurde deshalb auch in der Literatur schon ausführlich behandelt (20). Die Situation kann hier nur kurz rekapituliert werden. Im Südchinesischen Meer, das - von gewissen Randzonen abgesehen - fast ganz von der Volksrepublik China beansprucht wird, liegen insgesamt acht Inselgruppen, von denen vier (Badas, Tambelan, Natuna und Anambas) unumstritten zu Indonesien gehören, während die anderen vier ölverdächtigen Gruppen umstritten sind, und zwar:

- Tung-sha, wörtlich "Ost-Sand" oder Pratas, umstritten zwischen Peking und Taipei,
- die Chung-sha-Inseln oder "Mittel-Sand" oder Macclesfield Bank, umstritten zwischen Peking und Taipei,
- die Hsi-sha-Inseln oder "West-Sand" oder Paracels, umstritten zwischen Peking, Taipei und Hanoi sowie
- die Nan-sha-Inseln oder "Süd-Sand" oder Spratleys, umstritten zwischen Peking, Taipei, Hanoi und Manila (21).

Die Paracel-Gruppe befindet sich seit den Kämpfen der chinesischen und der ehemaligen südvietnamesischen Marine vom 19. und 20. Januar 1974 fest in chinesischer Hand, wird aber von Hanoi in der Nachfolge Saigons herausverlangt.

Von den zwanzig größeren Inseln der Spratleys befinden sich sieben in vietnamesischer, drei oder vier in philippinischer, eine in taiwanesischer, der Rest in chinesischer Hand.

Historisch gesehen weisen die frühesten Spuren auf eine Besetzung durch chinesische Fischer bereits um die Zeit Kaiser Wang Mangs hin (-3 bis +23), während sich eine vietnamesische Präsenz dort erst etwa seit 1700 nachweisen läßt. Auch der erste Akt einer staatlichen Inbesitznahme (1902) ging von Mandschu-China aus. 1930/32 besetzte die indochinesische Kolonialmacht Frankreich einen Teil der Spratleys, wurde dort jedoch von den Japanern im Jahre 1939 verdrängt. Nach dem Zweiten Weltkrieg meldeten Manila 1946, Nanking, die damalige Hauptstadt der Republik China, im Jahre 1947, Peking 1949 und Vietnam 1951 ihre Ansprüche auf die Inseln an.

Der japanisch-amerikanische Friedensvertrag von San Francisco (1951) und der (KMT-)chinesisch-japanische Friedensvertrag von 1952 bestimmten lediglich, daß Japan alle "geraubten Gebiete" zurückzugeben habe, ohne einen neuen Zessionar zu nennen. Es sollte ja, nach amerikanischer und japanischer Absicht, offen bleiben, ob nun Peking oder Taipei die legitime Vertretungsmacht für China hatten. 1951, also sofort nach Abschluß des Friedensvertrags von San Francisco, erklärten sowohl die Volksrepublik China als auch Vietnam in einander widersprechenden Erklärungen, sie seien die Gebietsherren und ihnen hätten die umstrittenen Gebiete schon immer gehört.

Diese Ansprüche haben sich auch nach dem Ende des Vietnamkriegs und nach der Eroberung Saigons im Jahre 1975 nicht geändert, im Gegenteil. Heftiger denn je fordert Hanoi heute "seine" Rechte auf die Paracel- und Spratley-Inseln.

Von irgendwelchen Seegefechten zwischen Marinestreitkräften Hanois und Peking liegen keine Informationen vor. Es ist auch unwahrscheinlich, daß Vietnam, auf sich allein gestellt, es wagen würde, sich mit der Volksrepublik China anzulegen. Obwohl die Marine Chinas Achillesferse ist, ist sie der vietnamesischen Marine doch um ein Vielfaches überlegen. Vietnam verfügt über 3 Küstenfregatten, 3 schnelle Patrouillenboote mit Styx-Schiffsraketen, 22 Maschinengewehrboote, rund 30 kleine Patrouillenboote unter 100 t und 20 Landungsboote sowie insgesamt 3000 Mann Marine (22).

China bietet demgegenüber 275.000 Mann Marine auf, 55 Unterseeboote, 8 Zerstörer, 10 Zerstörerskorten, 15 Patrouillenboote, 30 U-Boot-Jäger, 80 schnelle Patrouillenboote, 150 Torpedoboote, 70 Begleitboote, 320 Maschinengewehrboote, 30 Minensucher, 35 Landungsboote, 300 Küsten- und Flußverteidigungsschiffe unter 100 t und 400 Versorgungsschiffe (23). Ohne fremde Hilfe, vor allem sowjetische Unterstützung, könnte Vietnam gegen China kaum erfolgreich operieren. Die oben erwähnte Anwesenheit sowjetischer Flottenverbände im Golf von Tongking muß unter diesen Umständen bei den Chinesen gewisse Besorgnisse auslösen.

Die rechtliche Situation ist nach dem derzeit geltenden Völkerrecht alles andere als klar:

Die Volksrepublik China und Taiwan erheben Anspruch auf die Inseln aufgrund einer historischen Legitimation. China habe die Inseln spätestens seit der Yüan-Dynastie bis heute in Besitz gehabt.

Vietnam andererseits beruft sich auf die Inbesitznahme der Inseln durch die frühere Kolonialmacht Frankreich. Hier kommt es jedoch darauf an, ob die Inseln vorher terra nullius waren oder ob der chinesische Anspruch einer dauernden Beherrschung der Inseln zutrifft. Doch auch die Franzosen mußten das Gebiet wieder an die Japaner abtreten, die wiederum ohne Benennung eines Zessionars auf ihre Eroberungen verzichteten. Falls infolge dieses Verzichtes die Inseln terra nullius geworden sind, so wäre die philippinische Inbesitznahme einiger Spratley-Inseln als ursprüngliche Landnahme gerechtfertigt.

Auch nach den Entwicklungen des neuesten Völkerseerechts ist die Lage nicht eindeutig. 12-Meilen-Zone, 200-Meilen-Wirtschaftszone, Kontinentalschelfzone, ferner die Frage, ob die 200-Meilen-Wirtschaftszone vom Festland oder aber erst vom äußersten Rand des Schelfs aus zu rechnen ist, schließlich gar die Archipel-Theorie, die das gesamte Gewässer zwischen Archipelen (man denke an Indonesien) ohnehin als Hoheitsgewässer bezeichnet, darüber hinaus aber auch noch den Schelf miteinbezieht, sind Rechtspositionen, die in der heutigen Diskussion immer noch aufeinanderstoßen und logischerweise von all jenen Anliegerstaaten in Anspruch genommen werden, die davon Vorteile haben, während sie von benachteiligten Nationen abgelehnt werden. Legt man die großzügigsten Maßstäbe überhaupt an, so liegen auf alle Fälle die Spratleys näher bei Vietnam als bei China. Der Abstand zu den Paracel-Inseln ist, zumindest von der südchinesischen Insel Hainan aus gesehen, etwa gleich weit wie zur vietnamesischen Küste. Mit Schelf- oder Wirtschaftszone-Argumenten läßt sich von seiten Chinas also kaum arbeiten. Bleiben im wesentlichen nur die historischen Argumente, in denen China nach Lage der Dinge in der Tat

einen weiten Vorsprung vor Vietnam hat.

So weit zu den Seegrenzen.

Die folgenden Ausführungen sollen sich ausschließlich auf die Landgrenzen beziehen, da zu diesem Thema bisher kaum Abhandlungen vorliegen.

## 2. Die Landgrenzen zwischen Vietnam und China

Vietnam ist einer von vierzehn Nachbarn Chinas mit gemeinsamen Landgrenzen. Der gemeinsame Grenzverlauf erstreckt sich auf rund 1.500 km und grenzt an die chinesischen Provinzen/provinzgleichen Einheiten Yünnan (auf rd. 1.200 km), Autonome Region Kuangsi (rd. 250 km) und Provinz Kuangtung (rd. 50 km).

Sechs vietnamesische Provinzen grenzen an chinesisches Staatsgebiet, nämlich - ebenfalls von West nach Ost aufgezählt - Lai Chau, Lao Kai, Ha Giang, Kao Bang, Lang Son und Quang Ninh (s. Karte 1).

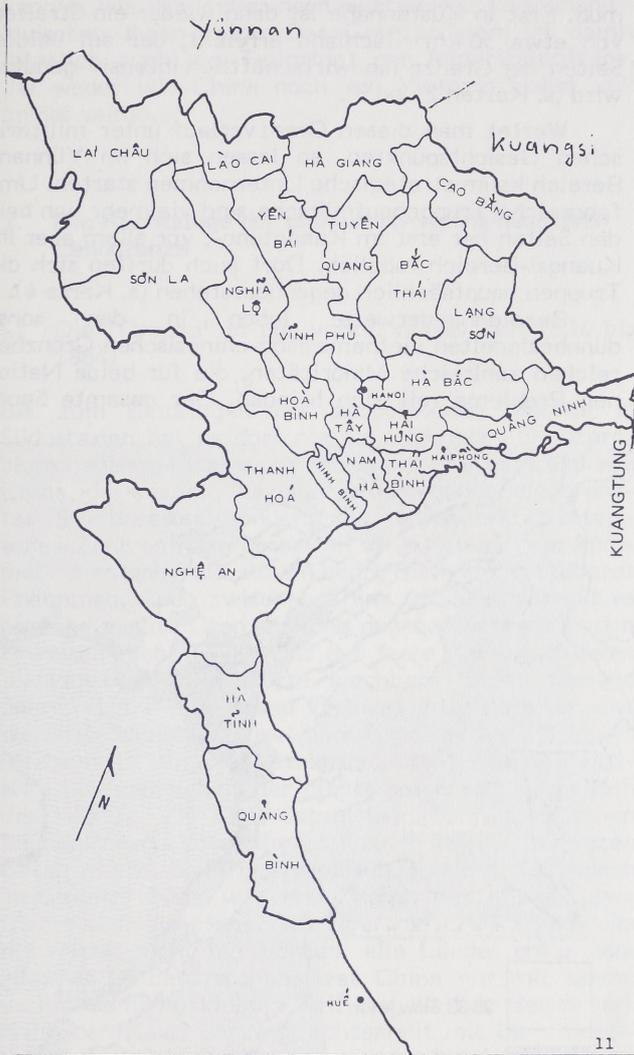
Die Lai Chau-Provinz liegt in der äußersten Nordwestecke Vietnams und umfaßt eine Fläche von 19.800 qkm. Damit ist sie die größte Provinz der Sozialistischen Volksrepublik Vietnam überhaupt. Die Provinz ist spitzwinklig eingeklemt zwischen Laos und der chinesischen Provinz Yünnan. Das Gesamtgebiet der Provinz wird von Dschungeln, hochragenden Bergen (über 2000 m) und tiefeingeschnittenen Tälern beherrscht. Die einzige bequeme Verkehrsmöglichkeit ist der Hac-giang-Fluß, auch "Schwarzer Fluß" genannt, der aus Südchina kommt und als Haupttroute für den Wassertransport dient. In der Provinz wohnen fast nur nichtethnische Vietnamesen, hauptsächlich Thai und Meo sowie Splittergruppen wie die Xa, die Hu-Ni und die Dao. Zu den Thai gehören die Weißen Thai nördlich des Hac-giang-Flusses und die Schwarzen Thai südlich davon. Das Gebiet war seit alters her zwischen Thai-Stämmen umstritten. Wegen der ständigen Auseinandersetzungen haben sie bei Streitigkeiten untereinander reihum einmal die Chinesen, dann wieder die Laoten und dann wieder die Vietnamesen angerufen. Von festen chinesisch-vietnamesischen Grenzen kann hier nicht die Rede sein. Weltberühmt wurde Lai Chau durch die Schlacht von Dien Bien-Phu, das im Zentrum der Provinz liegt und im Jahre 1954 zum Stalingrad der Franzosen wurde.

Die sich nach Osten anschließende Lao Cai-Provinz umfaßt nur ein Gebiet von 4.154 qkm und ist ebenfalls von tropischem Regenwald und Gebirgen beherrscht. Rund 130.000 Menschen leben in der Provinz, und zwar fast durchwegs Nichtvietnamesen, vor allem die Tho, die Nung, die Meo, die Man sowie zahlreiche Thais. Verkehrsmäßig ist das Land, wenn man einmal von der hier nach K'un-ming verlaufenden Eisenbahnlinie absieht, fast genauso schlecht erschlossen wie das benachbarte Lai Chau. Der Hauptverkehr vollzieht sich auf zwei Hauptflüssen, nämlich dem Chay-Fluß im östlichen Teil und dem Roten Fluß im Zentrum. Wirtschaftlich ist die Provinz vor allem wegen ihrer Holzvorräte sowie wegen einiger Kupfer- und Eisenlager interessant.

Als nächste Provinz in Richtung Osten folgt Ha Giang, ebenfalls eine gebirgige Region, die mit Monsunwäldern überzogen ist. Ihre Fläche beträgt 7.995 qkm. Die Einwohnerzahl liegt bei 25.000. Auch hier überwiegen nichtvietnamesische Gruppen, wie Meo, Man, Nung, Giay und die auch über weite Teile Westchinas verbreiteten Lolo sowie zahlreiche Chinesen, deren Anwesenheit gerade im Zusammenhang mit

der 1978 zwischen Vietnam und China ausgebrochenen Auslandschinesenfrage aktuell geworden ist. Ha Giang ist ebenso wie die beiden benachbarten Provinzen Lao Cai und Lai Chau ein Gebiet, das in historisch überschaubarer Zeit zumeist unter der Herrschaft von Thai-Stammesfürsten gestanden hatte. Die größte ethnische Thai-Gruppe sind hier die Tho, die in der Ha Giang-Provinz überhaupt den prozentual größten Bevölkerungsanteil stellen. Die Verkehrsverhältnisse innerhalb von Ha Giang sind etwas besser als zu den

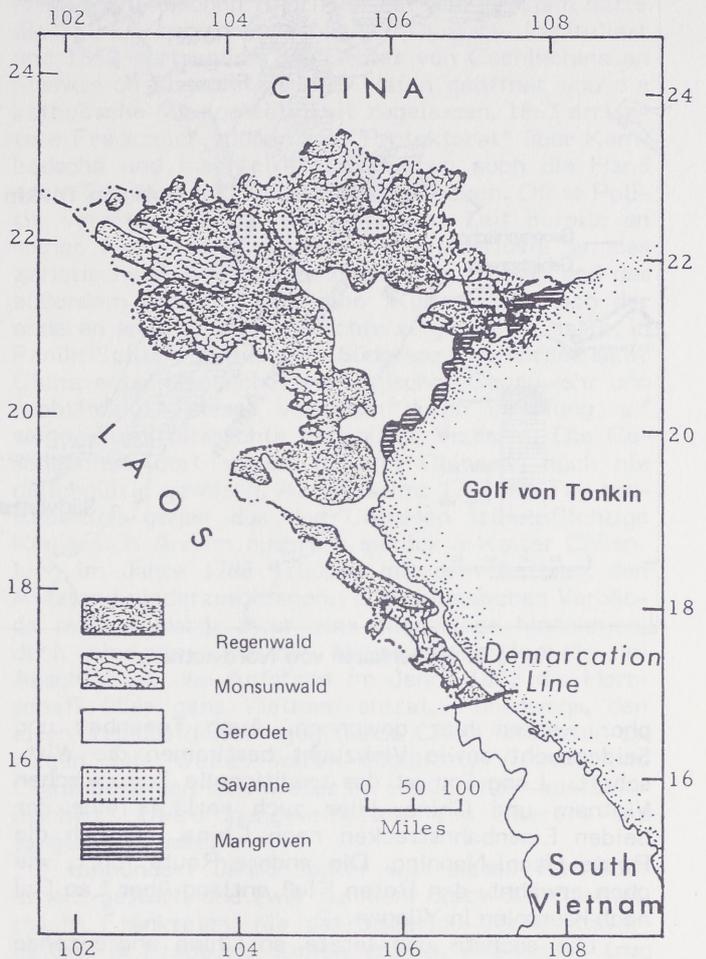
Provinzen fällt der Anteil der ethnischen Vietnamesen mit rund dreißig Prozent allerdings schon erheblich ins Gewicht. Auch Cao Bang war bis ins 19. Jahrhundert hinein meist von Thai-Stammesfürsten beherrscht. Im Gegensatz zu den drei vorgenannten Provinzen spielt Cao Bang auch in der vietnamesischen Geschichte eine Rolle, insofern als der letzte König jener Mac-Dynastie (1527-1592), die eine Zeitlang die Le-Dynastie vom Thron verdrängt hatte, sich hierher zurückgezogen hatte. Das Gebiet



Karte 1: Einander benachbarte Provinzen der VR China und der SR Vietnam

beiden östlichen Provinzen. Es führt eine Straße dorthin, und außerdem stehen zahlreiche Flußverbindungen zur Verfügung. Die Provinz ist landwirtschaftlich zum Teil erschlossen und liefert Naßreis sowie Mais. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts war der Bao Lac-Distrikt zwischen China und Vietnam, bzw. dem damaligen Kolonialherren Frankreich, umstritten. 1895 einigten sich beide darauf, daß Bao Lac zu Vietnam gehören solle. Zur Bekräftigung dieser Abmachung entstand eine Reihe von Grenzfestungen.

Als vierte Provinz nach Osten schließt sich Cao Bang mit einer Fläche von 9.897 qkm sowie einer Bevölkerung von 275.000 Menschen an, die wiederum von zahlreichen Minoritäten bewohnt ist, bei denen die Tho, die Nung, die Dao und die Meo im Vordergrund stehen. Im Gegensatz zu den drei vorgenannten

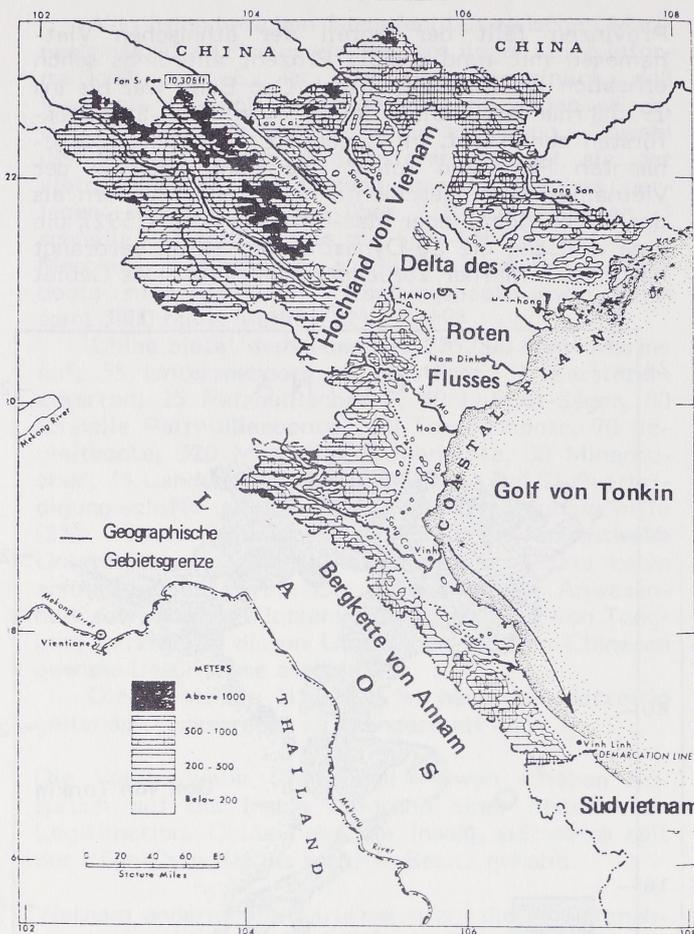


Karte 2: Landschaftscharakter der vietnamesischen Grenzregionen

Quelle: Umgezeichnet aus Canada, Department of Mines and Technical Surveys, Indo-China, A Geographical Appreciation, S.21

ist nach China hin hochgebirgsartig, mit abfallender Tendenz nach Süden, wo das landwirtschaftlich genutzte Gelände in Höhenlagen zwischen 500 und 1000 Metern liegt. Cao Bang ist berühmt wegen seines Wildtierlebens (diese Berühmtheit teilen übrigens die anderen, bereits genannten Provinzen mit dieser Region), vor allem aber wegen der zahlreichen Wasserfälle und Grotten. Einer der Wasserfälle ist 1978 zum Streitobjekt zwischen China und Vietnam geworden.

Die fünfte, hier zu nennende Grenzprovinz ist Lang Son mit 7.000 qkm und rund 332.000 Einwohnern - wiederum hauptsächlich Minoritäten vom Stamme der Tho, der Nung, der Man und der Dao. Die Zahl der Vietnamesen ist hier, anders als in Cao Bang, wieder unbedeutend. Allerdings ist Lang Son durch eine Straße mit Hanoi verbunden. Kohle, Holz und Phos-



Karte 3: Höhenkarte von Nordvietnam

phor werden hier gewonnen. Auch Teeanbau und Seidenzucht sowie Viehzucht bestimmen die Wirtschaft. Lang Son ist das traditionelle Tor zwischen Vietnam und China. Hier auch verläuft eine der beiden Eisenbahnstrecken nach China, nämlich die Route Hanoi-Nanning. Die andere Route führt, wie oben erwähnt, den Roten Fluß entlang über Lao Cai nach K'unming in Yünnan.

Die sechste und letzte an China angrenzende Provinz ist Quang Ninh, die einen Teil der Grenze mit Kuangsi, einen anderen mit Kuangtung gemeinsam hat und nach Süden an den Golf von Tongking stößt. Die Fläche umfaßt 7.076 qkm, die Einwohnerschaft beträgt rund 484.000 Menschen, meist Vietnamesen. Von sämtlichen an China anstoßenden Grenzprovinzen ist also eigentlich nur Quang Ninh ein typisch vietnamesisches Gebiet. Die Provinz ist besonders wertvoll wegen ihrer Kohlevorräte, den wahrscheinlich bedeutendsten in ganz Südostasien, die von hier aus per Eisenbahn und Schiff national und international verfrachtet werden. Nur im Nordteil der Provinz leben einige nichtvietnamesische Minoritäten, hauptsächlich Thais, Nungs und Chinesen. Neben der Kohle sind Reisanbau und Fischerei die bedeutendsten Wirtschaftssektoren.

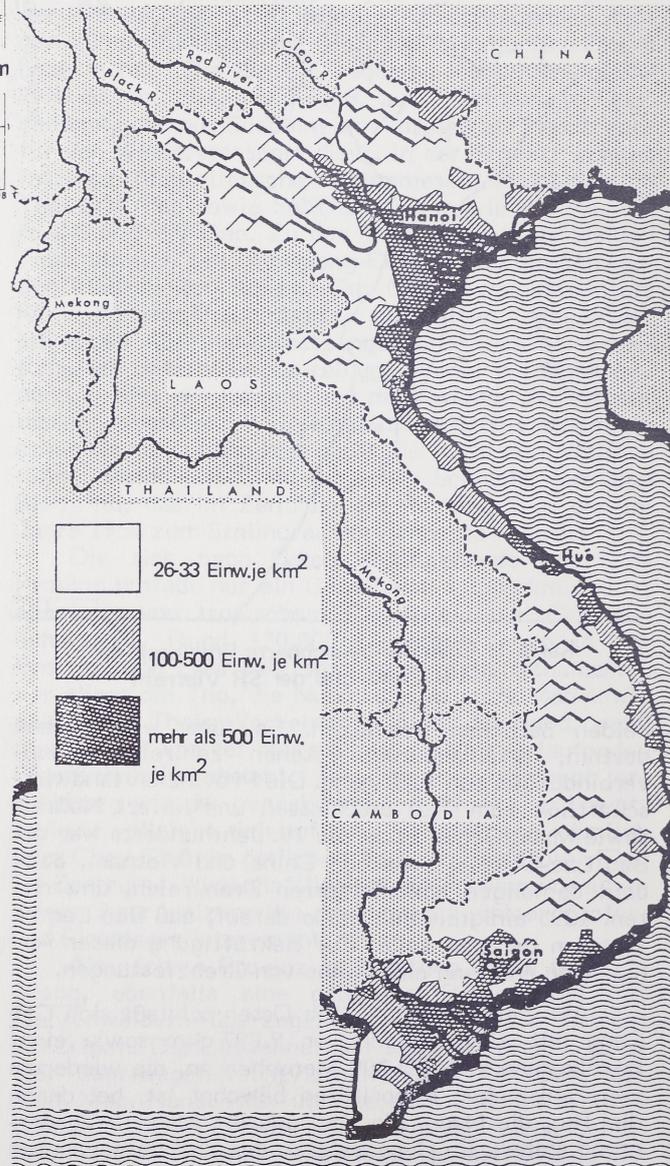
Wie dieser kurze Überblick gezeigt hat, führt die Grenzlinie zu Yünnan hin über gebirgisches Gelände in Höhen von 2.500 m, vor allem in den Regionen Lai Chau und Lao Cai. Zumeist wurde hier die Wasserscheide als natürlicher Grenzverlauf gewählt. Der Abschnitt zu Yünnan ist überdies ein Gebiet mit tropischem Regenwald, der nur an wenigen Stellen kultiviert ist, also landwirtschaftlich kaum genutzt wird (Karten 2 und 3).

Anders sieht die Situation im Verlauf der Grenze zu Kuangsi aus: Hier erstreckt sich fast im gesamten Grenzabschnitt Monsunwald, und zwar in niedriger Höhenlage bis zu 150 Metern. Hier verläuft auch die Hunan-Kuangsi-Eisenbahn, die über Hanoi führt und erst im Süden Vietnams endet (s. Karten 2 und 3).

Je mehr sich die Grenze Kuangtung nähert, desto höher steigt das Gelände an, und zwar durchschnittlich zu einer Höhenlage bis 500 Meter. Das Gelände ist hier lebhaft bewegt, so daß die Grenze sich in unendlich vielen Windungen durch die Täler schlingen muß. Erst in Küstennähe ist dann wieder ein Streifen von etwa 30 km Flachland erreicht, der auf beiden Seiten der Grenze landwirtschaftlich intensiv genutzt wird (s. Karten 2 und 3).

Wertet man diesen Grenzverlauf unter militärischen Gesichtspunkten, so lassen sich im Yünnan-Bereich kaum strategische Unternehmen starten. Umfangreiche Truppenaufmärsche sind vielmehr von beiden Seiten her erst im Kuangtung-, vor allem aber im Kuangsi-Bereich möglich. Dort auch dürften sich die Truppen hauptsächlich gegenüberstehen (s. Karte 4).

Bezeichnenderweise leben in den sonst dünnbesiedelten vietnamesisch-chinesischen Grenzbereichen zahlreiche Minoritäten, die für beide Nationen Probleme mit sich bringen. Der gesamte Saum



Karte 4: Bevölkerungsdichte in Vietnam

zwischen China und den südostasiatischen Staaten Birma, Nord-Thailand, Nord-Laos und Nord-Vietnam bildet ja einen ethnischen Schmelzkessel, in dem nord-südliche Wanderungsbewegungen seit Jahrhunderten zum Alltag gehören. Immer neue Völker haben sich hier überlagert. An der Grenze im Yünnan- und Kuangsi-Bereich sind es vor allem die Meo, die Yao und Thai-sprechende Minoritäten wie Lao, Nung, Tho, die diesseits und jenseits der Grenzen wohnen und die auch eine moderne Grenze nicht auseinanderreißen konnte, wie der immer noch existierende Grenzhandel zwischen ihnen zeigt. Das Grenzproblem ist damit letztlich auch ein Teilgebiet der Minoritätenfrage, die weder von China noch von Vietnam bisher voll gelöst wurde.

### 3. Die Rechtslage der chinesisch-vietnamesischen Landgrenze

#### a) Die "Grenze" in der vorkolonialen Zeit (d.h. bis 1884)

Bis zum Eindringen der europäischen Mächte in Südostasien hat es dort nie ein wirkliches Grenzproblem gegeben. Staatsgrenzen waren für ein Land wie China, das sich nie als geographisch genau abgegrenztes Staatswesen, sondern als politisch-zivilisatorisches Zentrum der gesamten Welt "unter dem Himmel" empfand, ein schon begrifflich nicht faßbares Phänomen. Auch zwischen China und Vietnam hat es nie eine exakte Grenzziehung gegeben; worauf es den Chinesen mehr ankam als auf feste Grenzen, waren ideologisch domestizierte Nachbarn. Rund tausend Jahre (-111 - +939) stand Vietnam unter direkter, und weitere tausend Jahre unter indirekter ("Tribut-") Herrschaft Chinas. Vietnam konnte für seine politische Unabhängigkeit gar nichts Besseres tun, als sich die letzten 900-1000 Jahre lang den chinesischen ideologischen Vorstellungen zu beugen. Grenzen waren m.a.W. nicht geographisch, sondern ideologisch bestimmt. China war das "Reich der Mitte", dem theoretisch die Herrschaft über die Erde zukam. Da die Mittel nicht hinreichten, alle Länder unter dem Himmel zu beherrschen, trat China nur mit einem verhältnismäßig kleinen Teil der Welt in Berührung. Nach dem Grad der Verflochtenheit mit der chinesischen Kultur bestand bis zum Vorabend des Opiumkriegs eine Vier-Zonen-Gliederung (24). Zu Zone I gehörten alle Gebiete, die das chinesische Denken seit Jahrhunderten intensiv rezipiert hatten, also die achtzehn ursprünglichen Provinzen, ferner Japan, Korea und Annam. Zone II umfaßte die benachbarten Räume, die voll in das Tributzeremoniell eingegliedert waren. Zu Zone III gehörten ferner liegende Gebiete wie Indien und Ceylon, die mit China keine geregelten Beziehungen mehr unterhielten, und Zone IV schließlich war, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, Terra incognita.

Was die Grenzfrage anbelangt, so waren nicht die Grenzen als solche, sondern Einflußmöglichkeiten maßgebend.

Dieser Einfluß Chinas auf Vietnam bestand in den rituell vorgegebenen Grenzen uneingeschränkt. Seit 1428, dem Jahr der zweiten Vertreibung chinesischer Truppen aus Vietnam, hatte das Königreich Annam alle vier Jahre einmal eine Tributmission nach Peking zu entsenden und von dort auch seine jeweiligen

Herrscher formell bestätigen zu lassen. Das Königreich kam bis 1884, dem Jahr der Eroberung Tongkings und Annams durch die Franzosen, dieser Pflicht ohne Zögern nach. Die Grenzfrage war damals m.a.W. problemlos.

#### b) Die Grenzen im Zeitalter des Kolonialismus (1884-1954)

Nach französischen Angriffen auf Süd-Vietnam hatte die in Hué herrschende Nguyen-Dynastie kapituliert und 1862 vertraglich das Gebiet von Cochinchina an Frankreich abgetreten, drei Häfen geöffnet und die katholische Missionstätigkeit zugelassen. 1863 errichtete Frankreich sodann ein "Protectorat" über Kambodscha und machte Anstalten, nun auch die Hand nach Tongking und Annam auszustrecken. Diese Politik versetzte China, das zu dieser Zeit bereits an seiner Nordgrenze schwere Gebietsverluste an das zaristische Rußland hatte hinnehmen müssen und das außerdem an der Küste eine "Konzession" nach der anderen an europäische Mächte zu gewähren hatte, in Panik: Sollte nun auch die Südgrenze gefährdet sein? China entschloß sich zu energischer Gegenwehr und rechtfertigte dieses Vorgehen durch Berufung auf seine Vasallitätsrechte gegenüber Vietnam. Die Geschehnisse dort waren für die Chinesen noch nie gleichgültig gewesen. Als im Jahre 1787 die Tay-son-Rebellion gegen das den Chinesen tributpflichtige Königreich Annam ausbrach, schickte Kaiser Ch'ienlung im Jahre 1788 Truppen mit dem Auftrag, den Aufstand niederzuschlagen. Die chinesischen Verbände mußten dabei zwar eine Niederlage hinnehmen, doch hinderte dies die Nguyen-Dynastie, die im Anschluß an den Aufstand im Jahre 1802 die Herrschaft über ganz Vietnam antrat, keineswegs, den alten Tributpflichten gegenüber China weiterhin zu folgen. Die Wellen waren geglättet; Vietnam und China befanden sich wieder im erwünschten konfuzianischen Unterordnungsverhältnis von älterem und jüngerem Bruder.

Einhundert Jahre später war dieses Verhältnis erneut gestört, und zwar nunmehr durch die Kolonialmacht Frankreich, die das bisherige Vasallitätsverhältnis in Frage zu stellen drohte. Frankreich trug sich zu dieser Zeit mit dem Plan, sich über den Roten Fluß, d.h. also im Bereich von Tongking, einen Zugang nach Südwestchina, vor allem nach Yünnan, zu verschaffen. Am 20. November 1873 eroberten französische Verbände unter Francis Garnier Hanoi, und am 15. März 1874 unterzeichnete Vietnam in Saigon einen "Friedens- und Bündnis-Vertrag" sowie später, am 31. August 1874, einen Handelsvertrag.

In dem Vertrag anerkannte Frankreich die Unabhängigkeit Annams gegenüber jeder ausländischen Macht und versprach dem König die Hilfe Frankreichs gegen jegliche fremde Aggression oder gegen innere Aufstände. Als "Gegenleistung" wurden die Freiheit für die katholische Mission, exterritoriale Privilegien für französische Staatsbürger und Ausländer im allgemeinen eingeräumt, die Stadt Hanoi für Ausländer geöffnet und außerdem die Erlaubnis für Handel und Passage auf dem Roten Fluß vom Meer bis nach Yünnan gestattet (25).

Wahrhaft historische Wirkungen entfaltete dieser Vertrag insofern, als er die französische Oberherrschaft anstelle der jahrhundertelangen chinesischen begründete.

Peking protestierte und gab bekannt, daß es

ausländischen Schiffen keinen Zugang nach Yünnan erlauben werde. Außerdem beanspruche China nach wie vor seine Tributrechte gegenüber Vietnam. Der vietnamesische Hof in Hué steuerte hier einen geschickten Mittelkurs, insofern er einerseits den Unterwerfungsvertrag von 1874 unterzeichnet hatte, gleichwohl aber weiterhin seiner uralten Tributpflicht nachkam und sowohl im Jahre 1876 als auch im Jahre 1880 eine Mission nach Peking entsandte.

Um seinen Protesten gegenüber der französischen Tongking- und Annam-Politik Nachdruck zu verleihen, schaltete Peking die Partisaneneinheiten der "Schwarzen Flaggen" ein, die zwar nicht zu den regulären chinesischen Truppen gehörten, die aber schon seit langem vom Hof damit beauftragt waren, Chinas Interessen entlang der Südgrenze in Kuangsi und Yünnan wahrzunehmen. Die "Schwarzen Flaggen" waren Resttruppen der kurz vorher zerschlagenen Taiping-Aufständischen, denen Gelegenheit gegeben wurde, sich im Dienste der chinesischen Reichspolitik zu bewähren und zu rehabilitieren. Die "Schwarzen Flaggen" blockierten denn auch den Roten Fluß sowohl mit militärischen Mitteln als auch durch Erhebung hoher Zölle entlang der Flußroute (26).

Die Franzosen, die dadurch ihr Hauptziel, nämlich den Zugang nach Südchina über den Roten Fluß, gefährdet sahen, beschlossen, die "Schwarzen Flaggen" mit militärischen Mitteln niederzukämpfen. Jules Ferry, der inzwischen Ministerpräsident geworden war, brachte im Mai 1883 beim Parlament einen Kredit von fünfzehn Millionen Francs für eine Expedition nach Tongking durch, so daß die Kriegsvorbereitungen voll anlaufen konnten. Der Hof in Hué erkannte die Gefahr rechtzeitig und ließ sich auf Vertragsverhandlungen ein, die am 25. August 1883 zu einem Abkommen führten, in dessen erstem Artikel Annam und Tongking dem Protektorat Frankreichs unterstellt wurden. Frankreich sollte forthin das Recht haben, die Beziehungen des Königreichs zu allen Ländern, einschließlich China, zu kontrollieren.

Diese Maßnahme veranlaßte China zu neuen Protesten. Eine militärische Auseinandersetzung zwischen Frankreich und China schien nun unvermeidlich. Frankreich drohte, Kanton zu besetzen, und informierte den chinesischen Kabinettschef Li Hung-chang darüber, daß es den Chinesen nach Lage der Dinge unmöglich sein werde, Kanton zu verteidigen. Li entschloß sich nun, mit dem Vertreter Frankreichs, General Fournier, in Verhandlungen einzutreten. Beide unterzeichneten am 11. Mai 1884 die berühmte gewordenen "Li-Fournier-Konvention", in der Frankreich sich dazu verpflichtete, die Südgrenzen Chinas zu respektieren, während China das Versprechen abgab, die chinesischen Garnisonen aus Tongking abzuziehen und vor allem sämtliche Abmachungen zu respektieren, die direkt zwischen Frankreich und dem Hof von Hué getroffen würden.

Immer noch freilich verhielten sich die Chinesen widerstrebend. So beispielsweise verweigerten einige Garnisonen den vereinbarten Rückzug und verwickelten französische Truppen in verlustreiche Kämpfe. Die Franzosen nahmen die Herausforderung an, indem sie nunmehr den Hafen Chi-lung auf Taiwan blockierten. Erst ein kaiserliches Dekret vom 13. April 1885 ratifizierte die Li-Fournier-Konvention endgültig, so daß auch die Blockade Taiwans aufgegeben wurde. Frankreich hatte nun freie Hand in Tongking und Annam.

Aufgrund der Konvention vom 11. Mai 1884 kam am 9. Juni 1885 ein Vertrag über "Frieden, Freund-

schaft und Handel" zwischen Frankreich und dem chinesischen Kaiserreich zustande, der zehn Artikel umfaßte, und dessen Art. 3 eine Grenzklausel enthielt. Aus systematischen Gründen sei der Inhalt aller zehn Artikel hier kurz angegeben:

Art. 1 (Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung in Annam; Versprechen, daß die Grenze zwischen Tongking und China von Frankreich respektiert wird etc.)

Art. 2 (China verspricht, die Abmachungen zwischen Frankreich und Annam zu respektieren)

Art. 3 Wörtlich: "Sechs Monate nach Unterzeichnung dieses Vertrags werden die von beiden hohen vertragsschließenden Parteien benannten Kommissionen an die Grenze gehen, um dort die Verlaufslinie zwischen China und Tongking festzulegen. Wo es nötig ist, werden sie Grenzpfähle setzen. Sollten sie in dem einen oder anderen Fall sich über die Grenzmarkierungen oder über Teilkorrekturen der Tongking-Grenze, die im Interesse beider Parteien vorzunehmen sind, nicht einigen können, so legen sie die Sache ihren jeweiligen Regierungen zur Entscheidung vor."

Art. 4 (Reisepässe)

Art. 5 (Grenzhandel zwischen China und Tongking; die Ernennung chinesischer Konsuln)

Art. 6 (Handelsregelungen zwischen Tongking und Yünnan, Kuangsi und Kuangtung: Opium, Waffen, Seehandel)

Art. 7 (Bau von Eisenbahnen)

Art. 8 (Dauer der Handelsabmachung)

Art. 9 (Rückzug der französischen Truppen von chinesischem Territorium)

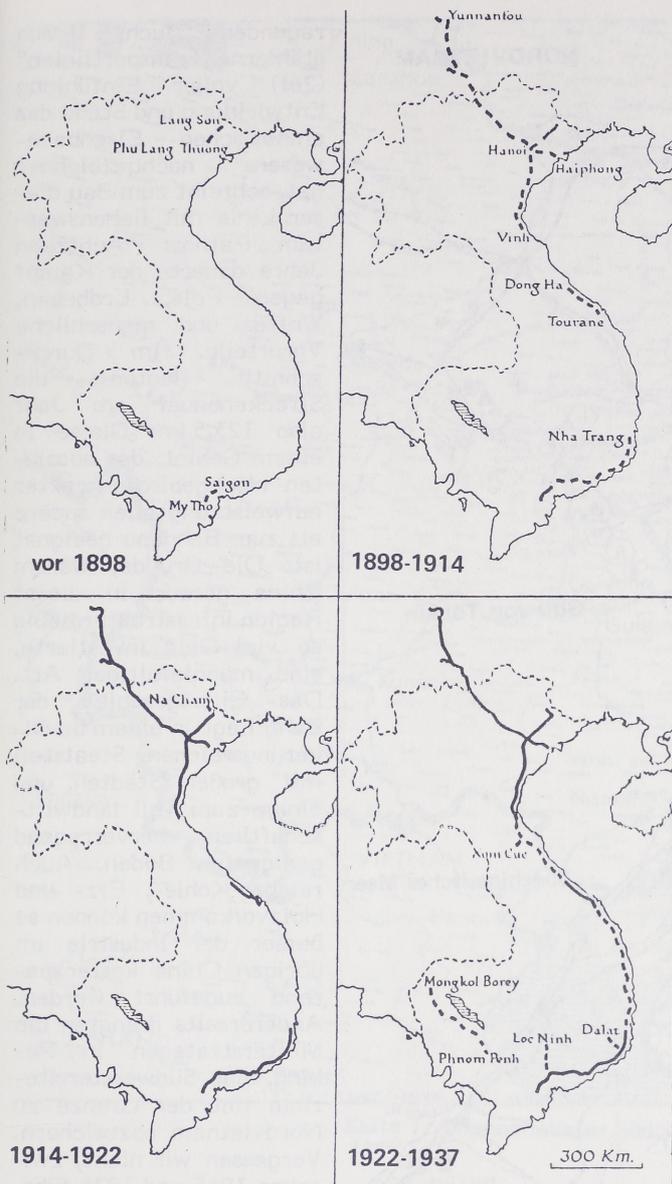
Art. 10 (Vertragsformalien) (26a)

Die Kommissionen begannen ihre Arbeit innerhalb der festgelegten Sechsmonatsfrist und legten ihre Ergebnisse am 26. Juni 1887 in Peking vor, und zwar mit angefügten Karten und Entscheidungen über anfangs umstrittene Verlaufslinien (26b). Fragen, die offen geblieben waren, wurden im Jahre 1895 nochmals untersucht und dann aufgrund einer Zusatzkonvention vom 20. Juni 1895 in Peking vorgelegt (26c).

Prescott (26d) geht davon aus, daß die Konvention von 1884 und die ihr folgenden Abgrenzungsabmachungen von den Chinesen nicht als "Ungleiche Verträge" betrachtet wurden. Wirft man aber einen Blick auf die oben beschriebenen Vorgänge, die zur Abmachung von 1884 führten, so sind sie nicht weniger ungleich als andere Verträge des chinesischen Kaiserreichs mit europäischen Mächten, die im Anschluß an den Opiumkrieg erzwungen wurden.

Im übrigen zeigen die weiteren Aktivitäten Frankreichs, daß es die Abmachungen von 1884, nämlich u.a. die Grenzen Chinas zu respektieren, nur aus taktischen Gründen getroffen hatte, daß es aber langfristig darauf aus war, die Grenzen, vor allem nach Kuangsi und Yünnan hin, aufzuweichen. Die Eisenbahnklausel des Art. 7, zu deren Erfüllung Frankreich tief in die Tasche greifen mußte, deutete die Richtung der französischen Strategie bereits an. Vor allem in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts waren nicht nur Frankreich, sondern auch andere Staaten, u.a. Belgien, England und das Deutsche Reich sowie das zaristische Rußland dazu übergegangen, sich umfangreich Eisenbahnkonzessionen zu verschaffen, die dann zu regelrechten Einflußgebieten ausgebaut und als künftige Kolonialgebiete ins Auge gefaßt waren.

Auch das Hauptaugenmerk der Franzosen war auf

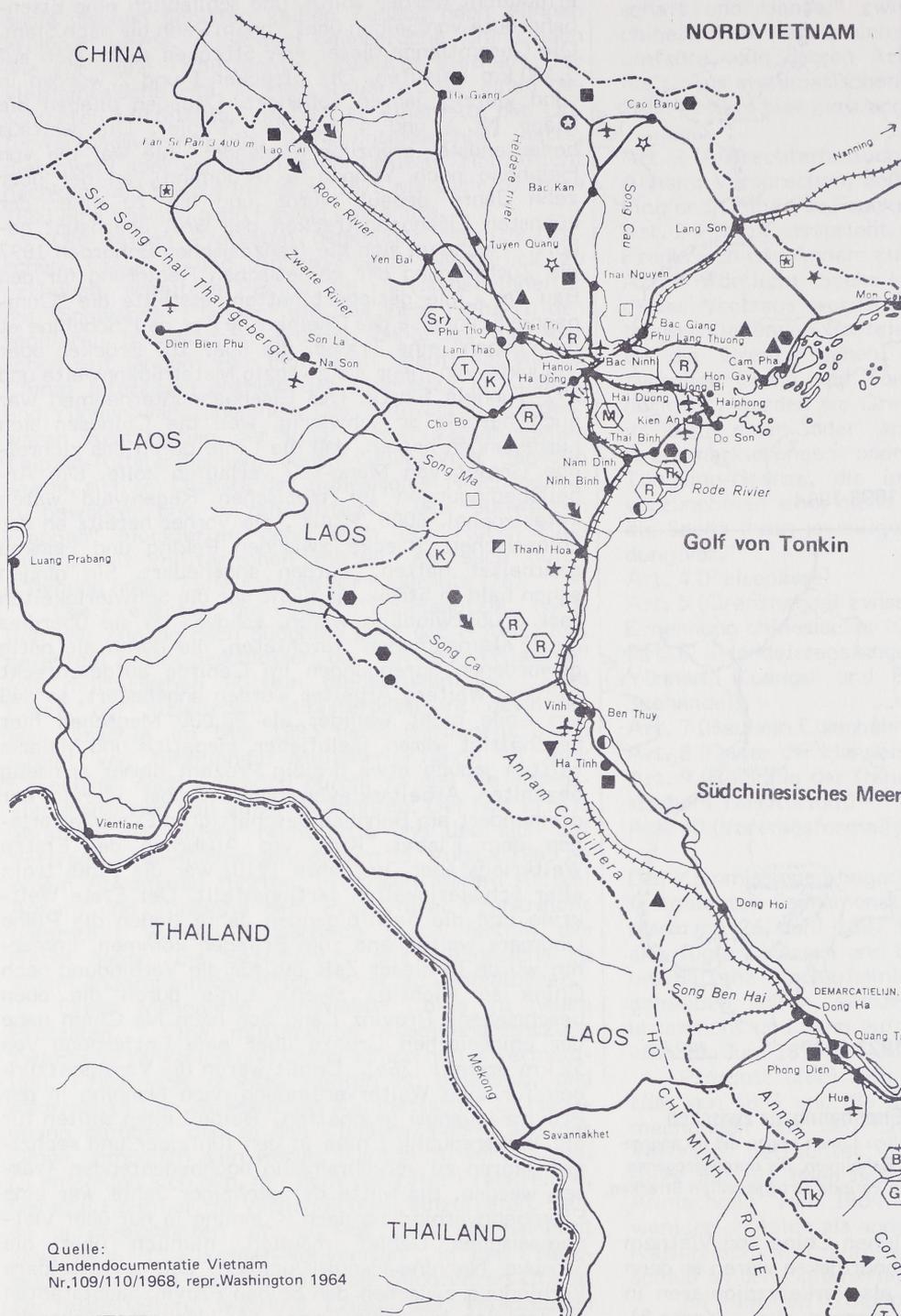


**Karte 5 Die Entwicklung des Eisenbahnbaus zwischen China und Vietnam** Die gestrichelten Linien zeigen die im angegebene Zeitraum im Bau befindlichen Bahnlinien, die durchgezogenen Linien die zu Beginn der betreffenden Periode fertiggestellten Strecken.

eine Durchdringung des südlichen China von Vietnam her gerichtet. Zwei Eisenbahnprojekte waren es denn auch, die ihnen, zumindest als Verkehrspionieren in diesem Raum, alle Ehre machen (vgl. Karte 5), nämlich die Verbindung von Hanoi nach K'unming (dem früheren Yünnan-fu, der Hauptstadt der heutigen Provinz Yünnan) einerseits und der Bau der Strecke von Hanoi nach Nanning, der Hauptstadt der heutigen chinesischen Autonomen Region Kuangsi. Ausgangspunkt für diese, damals gewaltigen Unternehmen war das Jahr 1898. Generalgouverneur Doumer hatte damals das Programm für vier Haupttrouten entworfen, nämlich eine Linie von Haiphong nach Lao Cai, der Hauptstadt der oben bereits beschriebenen gleichnamigen Provinz Lao Cai, und von dort nach Yünnan-fu (K'unming); ferner die Linie entlang der Küste von Hanoi nach Saigon; drittens eine Eisenbahnlinie, die den Mekong mit der Küste von Annam verbinden sollte, womit letztlich ein Anschluß des fernab liegenden Königreichs Laos an das Meer

ermöglicht werden sollte, und schließlich eine Eisenbahnroute von Saigon über Phnom Penh bis nach Siam. Die Gesamtlänge dieser vier Strecken sollte sich auf 3.300 km belaufen. Die Strecken 1 und 2 wurden in rund vierzig Jahren vollendet. Dagegen blieben die Pläne Nr. 3 und 4 auf dem Papier. Die weitaus bedeutendste grenzüberwindende Linie war die von Haiphong nach Yünnan-fu (K'unming), an der über zehn Jahre gebaut wurde und die zu einer der kühnsten Eisenbahnstrecken der Welt überhaupt gehört. Nachdem sich die französischen Behörden 1897 die Zustimmung der chinesischen Regierung für den Bau der Linie gesichert hatten, erstellte die "Compagnie Française des Chemins de Fer de l'Indochine et du Yunnan" eine Trasse, die über 107 Brücken oder Viadukte von mehr als zwanzig Meter Spannweite und 172 Tunnels führte. Das Eisenbahnunternehmen war auch deshalb so schwierig, weil die Chinesen sich ausbedungen hatten, daß die Linie durch das zinnreiche Gebiet von Meng-tzu verlaufen solle. Die Arbeitsbedingungen im tropischen Regenwald waren katastrophal. 6000 "Kulis", die vorher bereits an der chinesischen Strecke zwischen Peking und Hankou gearbeitet hatten, wurden angeheuert. Sie gingen schon bald in Streik, da nicht nur die Schwierigkeiten fast unüberwindlich waren, sondern da sie überdies die "Felsendämonen" fürchteten, die durch die nötig gewordenen Sprengungen im Gebirge aufgeschreckt würden. Weitere Arbeiter wurden angeheuert, so daß am Ende nicht weniger als 80.000 Menschen hier beschäftigt waren. Gelbfieber, Hepatitis und Malaria rafften jedoch etwa dreißig Prozent dieser armselig bezahlten Arbeitssklaven dahin. Selbst vierzig der dreihundert am Bahnbau beschäftigten Europäer erlagen dem Fieber. Kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs aber, im Jahre 1910, war die Linie trotz aller Schwierigkeiten fertiggestellt. Der Erste Weltkrieg und die nachfolgenden Jahre ließen die Pläne Doumers weitgehend zum Erliegen kommen. Immerhin wurde in dieser Zeit die für die Verbindung nach China so wichtige zweite Linie durch die oben beschriebene Provinz Lang Son nach Na Cham nahe der chinesischen Grenze über eine Entfernung von 52 km erstellt (26e). Damit waren die Voraussetzungen für eine Weiterverbindung nach Nanning in der Provinz Kuangsi geschaffen. Beide Linien sollten für die Volksrepublik China in den fünfziger und sechziger Jahren zu verkehrsmäßig hochbedeutenden Trassen werden. Bis Mitte der sechziger Jahre war eine Eisenbahnverbindung nach K'unming ja nur über vietnamesisches Gebiet möglich, nämlich über die Strecke Nanning-Hanoi-K'unming. Die unmittelbare Verbindung zwischen den beiden Provinzhauptstädten erwies sich bis dahin wegen des Hochgebirgscharakters der dazwischenliegenden Region als unmöglich. Daher der Umweg über Hanoi. Wenn noch zu Beginn des Zweiten Indochinakriegs manchmal bis zu 40.000 chinesische Pioniere damit beschäftigt waren, die durch amerikanische B-52-Einwirkung zerstörten Trassen nördlich Hanois zu reparieren, so ging es den Chinesen hier nicht in erster Linie um Hilfe für die Vietnamesen, sondern um Herstellung der "eigenen" Eisenbahnverbindungen. In zweiter Linie spielte selbstverständlich auch die Unterstützung der gegen die Amerikaner hart kämpfenden Vietnamesen eine Rolle. Notfalls hätte man freilich die Vietnamesen auch über den Seeweg mit dem Nötigen versorgen können.

Erst nach 1970 hatte sich China hier von dem Zwang "emanzipiert", seine Züge durch vietnamesi-



**Karte 6: Nach China führende Eisenbahnlinsen (durchgezogene Striche)  
(Übrige Angaben hier ohne Bedeutung)**

sches Gebiet schicken zu müssen. Diese Befreiung von den geographischen Zwängen geschah dadurch, daß die Volksrepublik zwei eisenbahntechnisch ungemein schwierige Linien erstellte.

a) Zunächst galt es, die von den Franzosen erstellte Linie nach K'unming umzubauen und die Anschlußstücke an diese Strecke neu zu erstellen. Der Bau der Strecke von Pao-ch'i nach Cheng-tu, von Cheng-tu nach K'unming und von K'unming nach Lao Cai begann bereits am 1. Juli 1952, also während der Aufstellung des ersten Fünfjahresplans, und war am 1. Juli 1970 befahrbar. Joachim Petersen, der in seinem hervor-

ragenden Buch "Maos stählerne Transportlinien" (26f) voller Einfühlung Entwicklung und Stand des chinesischen Eisenbahnwesens nachgezeichnet hat, schreibt zum Bau dieser Linie mit liebenswertem Pathos: "Achtzehn Jahre dauerte der Kampf gegen Fels, Erdbeben, Wetter und menschliche Vorurteile. Im Durchschnitt legten die Streckenbauer pro Jahr also 123,5 km Gleise in einem Gebiet, das absoluten Hochgebirgscharakter aufweist und alles andere als zum Bahnbau geeignet ist. Die Gründe, warum China gerade in dieser Region infrastrukturmäßig so viel Geld investierte, sind mannigfaltiger Art. Das Einzugsgebiet der Bahn liegt in einem bevölkerungsreichen Staatsteil mit großen Städten und einem zum Teil landwirtschaftlich hervorragend geeigneten Boden. Auch reiche Kohle-, Erz- und Holzvorkommen können so besser der Industrie im übrigen China kostensparend zugeführt werden. Andererseits drängten die Militärstrategen in Peking, das Südwestterritorium mit der Grenze zu Nordvietnam abzusichern. Vergessen wir nicht, zwischen 1945 und 1974 führte das Nachbarland einen Kampf auf Leben und Tod, den China als Nachbar mit gemischten Gefühlen beobachtete. Es hatte sich zur Pflicht gemacht, den Vietnamesen mit Waffen und Nahrungsmitteln aller Art zu helfen. Außer der Strecke Liu-Chou-Lang-Son-Hanoi gab es keine durchgehende Eisenbahnverbindung zum Nachbarn.

Zwar hatten die Franzosen von Hanoi aus nach K'unming eine meterspurige Bahn verlegt, die in China selbst bis 1970 ein Rumpfgelände mit geringem Leistungsaufkommen blieb. Eiligst hatten die Chinesen, bis sich der Krieg im Süden immer mehr ausbreitete, die Schienen auf Normalspur umgenagelt, den Unterbau überarbeitet und eine moderne Signaltechnik installiert. Mit Fertigstellung der Linie Cheng-tu-K'unming bestand dann endlich eine zweite hervorragend ausgebaute Übergangslinie zum Nachbarn. Die Sowjets, die ihre Waffenlieferungen nach Nordvietnam ausschließlich per Schiff nach Haiphong verschifften, hätten gerne die Südwestmagistrale für



Karte 7: Eisenbahnlinien Süchinas und grenzüberschreitende Bahnen

ihre Transporte in Anspruch genommen. Daß dies nie geschah, braucht wohl kaum erwähnt zu werden."

b) Die zweite wichtige Strecke war die Trasse von K'unming nach Kuei-yang (1966 fertiggestellt) und von dort nach Chang-sha (1972 fertiggestellt) sowie von Kuei-yang nach Liu-chou, die unmittelbar nach Nanning weiterführt. Entlang der neuen Linien entstanden eine Reihe neuer Städte, Dörfer und Fabriken und damit Besiedlungsmöglichkeiten für das landwirtschaftlich interessante Land (Karten 6 und 7).

Die Eisenbahnbauten wurden hier deshalb so genau beschrieben, weil gerade an ihrer Entwicklung und ihrem Stellenwert deutlich wird, wie durchlässig die chinesisch-vietnamesischen Grenzen immer waren.

c) Die Grenze in nachkolonialer Zeit

Im "Geiste von Bandung" beschloß China Mitte der fünfziger Jahre, mit einer Reihe von Nachbarn in der Grenzfrage reinen Tisch zu machen. So kam es zu entsprechenden Abkommen mit immerhin fünf Nachbarstaaten, nämlich 1960 mit Birma, 1961 mit Nepal,

1962 mit der Mongolischen Volksrepublik und 1963 mit Pakistan sowie mit Afghanistan.

Einen ähnlichen Vertrag mit Vietnam abzuschließen, kam weder den Chinesen noch den Vietnamesen in den Sinn, da man sich in diesen Jahren durch ein enges Solidaritätsverhältnis gebunden glaubte (China und Vietnam verhielten sich, wie es damals hieß, wie "Lippen und Zähne zueinander") und da man deshalb eine Abgrenzungsprozedur, die ja mit unendlich vielen bürokratischen Nebenarbeiten verknüpft ist (man vergleiche etwa das mehrhundertseitige chinesisch-mongolische Grenzprotokoll) für unpassend hielt.

Kam es auch nicht zu einem formellen Grenzabkommen, so entschloß man sich doch immerhin, gewisse Teilprobleme im Grenzbereich zu regeln, und zwar den beiderseitigen lokalen Grenzhandel und gewisse prozessuale Formalitäten im grenzüberschreitenden Verkehr.

aa) Der "kleine Grenzhandel" wurde in einer Reihe von Protokollen geregelt, die zwischen den Zentralregierungen der beiden Länder vereinbart wurden, z.B. am 25.8.53 (27), am 7.7.54 (28), am 7.7.55 (29), am 31.7.57 (30).

In diesen Protokollen wurde nicht der private

Handel, sondern vielmehr der zwischen den staatlichen Handelsinstitutionen sich vollziehende Austausch geregelt. Festgelegt wurden u.a. die Warenmengen, die Austauschorte und die Formalitäten des Austausches. Den Handel sollten nicht nur die Handelsgesellschaften der drei chinesischen Anliegerprovinzen, sondern darüber hinaus auch die Handelsgesellschaften der verschiedenen Minoritäten betreiben dürfen (vgl. z.B. § 3 des Protokolls vom 31.7.57) (31). Auch sind (z.B. im § 7 des erwähnten Protokolls) bestimmte Austauschorte vorgesehen, die damit implizit als jeweils chinesische oder vietnamesische Ortschaften anerkannt sind. Die Grenze als ganze freilich blieb durch diese Protokolle über den Kleinen Grenzhandel unberührt.

bb) Außerdem kam es zum Abschluß von Grenzkontrollabkommen, die jedoch nicht, wie die Grenzhandels-Protokolle, zwischen den zentralen Regierungen, sondern vielmehr zwischen den beiderseitigen Lokalbehörden ausgehandelt worden sind. U.a. verwiesen die Abteilungen für öffentliche Sicherheit der Autonomen Region Kuangsi sowie der Provinz Yünnan im Juli 1978 auf entsprechende Vereinbarungen in der Vergangenheit, die "hiermit erneut bekräftigt" wurden (32). Diese Erklärung war nötig geworden, weil "die vietnamesische Seite willkürlich viele Auslandschinesen und Angehörige der nationalen Minderheiten Vietnams, ohne sich vorher der Einwilligung Chinas zu versichern und ohne die nötigen Formalitäten über den Grenzübertritt zu erledigen, an Übergangsstellen oder auf Bergpfaden über die Grenze trieben. Mehr noch, die vietnamesischen Behörden haben bei dieser Gelegenheit gleich Geheimagenten nach China mit eingeschleust, die in den Grenzgebieten ein- und ausgehen, Zwischenfälle provozieren, Informationen sammeln und die öffentliche Ordnung stören. So etwas kann kein souveräner Staat dulden" (33).

In dem Protest wird daran erinnert, daß jeder Hua-chiao, der nach China zurückkehren wolle, eine "Rückkehrbescheinigung" der chinesischen Botschaft in Vietnam sowie ein Ausreisevisum der vietnamesischen Behörden benötige. Die Grenze dürfe außerdem nur an bestimmten Grenzübergangsstellen nach China passiert werden.

- Was die Bewohner der Grenzgebiete anbelange, so könnten sie an bestimmten Übergangsstellen ein- und ausreisen, vorausgesetzt, sie sind im Besitze eines Passierscheines, der ihnen "gemäß der Vereinbarung zwischen der vietnamesischen und der chinesischen Lokalregierung ausgestellt worden ist." Es sei ihnen untersagt, nach Belieben auf Bergpfaden die Grenze zu überqueren.

- Bei der Einwanderung nach China "müssen die vietnamesischen Grenzbewohner die von den Lokalregierungen der beiden Länder getroffenen Vereinbarungen einhalten. Nach Erledigung der offiziellen Formalitäten wird es ihnen erlaubt, sich in China niederzulassen."

- Behördliche Mitarbeiter in den Grenzgebieten beider Länder, die amtliche Aufgaben zu erledigen haben, müßten die notwendigen Papiere besitzen und an den festgesetzten Übergangsstellen oder entlang der festgelegten Pässe die Grenze passieren.

Wie sich aus diesen Hinweisen entnehmen läßt, gibt es festgelegte Übergangsstellen, die also deutliche Markierungspunkte für den anerkannten Grenzverlauf setzen. Diese Paßstellen dienen allerdings nur sicher-

heitsrechtlichen Belangen; außerdem wurden sie nur von den Lokalbehörden vereinbart. Zu Veränderungen der nationalen Grenze ist aber nur die Zentralregierung mit Zustimmung des Nationalen Volkskongresses berechtigt. Dies läßt sich aus Art. 22, Ziff. 7 der Verfassung von 1978 entnehmen, der die Genehmigung des NVK bereits bei der Grenzziehung zwischen einzelnen Provinzen verlangt - erst recht bei nationalen Grenzziehungen!

Die Haltung der Volksrepublik China zu Fragen des völkerrechtlichen Gebietserwerbs oder -verlusts ist nicht von abstrakten juristischen Begriffen bestimmt, sondern von dem Bestreben, eine "vernünftige Regelung des Problems herbeizuführen" (34). Die Tatsache allein, daß China bisher den Grenzverlauf zu Vietnam nie öffentlich in Frage gestellt hat, läßt noch nicht den Schluß des "qui tacet consentire videtur" zu. Die Wunden kolonialer Willkür können nicht von sich aus heilen. Vielmehr verlangt China, wie z.B. in der Frage der an das zaristische Rußland verlorenen Gebiete, einen neuen "gleichen Vertrag", der an die Stelle der alten "ungleichen Verträge" treten müsse.

Im Falle Vietnams ist die Grenzfrage anders gelagert als gegenüber der Sowjetunion. Während die Sowjetunion Nachfolger eines "aggressiven, annexionistischen" Staatswesens ist und von der imperialistischen Politik des Vorgängerregimes auf Kosten Chinas 1,5 Mio. qkm profitiert hat, war Vietnam genauso Opfer kolonialer Übergriffe wie das traditionelle China. Die von China immer wieder geforderte "Gerechtigkeit" würde also gebieten, daß man den Grenzverlauf, wie er sich de facto herausgebildet hat, auch juristisch anerkennt. Offensichtlich gehen beide Seiten heute davon aus, daß die 1.500 km gemeinsamer Grenze im wesentlichen auch in Zukunft dort verlaufen soll, wo sie sich bisher herausgebildet hat. Sollte es allerdings an Einzelstellen, wie zu Beginn dieses Aufsatzes erwähnt, noch Zwißigkeiten geben, so müßte sich die Lage durch beiderseitige Verhandlungen schnell bereinigen lassen. Mit militärischen Auseinandersetzungen jedenfalls wäre hier nichts zu gewinnen.

#### Anmerkungen:

- 1) JMJP, 12.7.78; PRu 1978, Nr.29, S.5 ff.
- 2) NCNA, 9.6.78; ausführlich zu diesem Komplex vgl. Holger Dohmen, "Der Wortkrieg Peking-Hanoi" mit angefügten Dokumenten in C.a. Juli 1978, S.425 ff.
- 3) NCNA, 21.6.78.
- 4) JMJP, 12.7.78.
- 5) AFP Hong Kong in FBIS, 30.6.78, K 1.
- 6) Ebenda.
- 7) Ebenda.
- 8) Ebenda, K 1 und K 2.
- 9) International Service, engl. 5.7.78; FBIS, 5.7.78, K 3 f.
- 10) Radio Hanoi, 30.6.78; FBIS, 3.7.78, K 12.
- 11) Ausführungen des Chefredakteurs der Parteizeitung Nhan Dan am 17.6.78; FBIS, 29.6.78, K 3-5 (5).
- 12) FBIS, 5.7.78, K 1.
- 13) FBIS, 5.7.78, K 2.
- 14) Ebenda
- 15) PRu 1978, Nr.29, S.25.
- 16) Näheres C.a. Mai 1978, Ü 10; MD Asien, 20.4.78,

S.1-4: "An der chinesisch-vietnamesischen Grenze ist es zu Zusammenstößen gekommen, bei denen zumindest ein Gefecht mit schweren Panzern geführt wurde. Dies erklärte am 19.4. ein schwedischer Korrespondent, der von einer Reise nach Vietnam zurückkehrte, gegenüber AFP. Rolf Soederberg, Korrespondent des Schwedischen Rundfunks, der die schwedische Außenministerin Karin Soeder auf ihrer Reise in Vietnam begleitete, erklärte, 'ausländische Quellen' in Hanoi hätten dies berichtet. Seine Quellen hätten keine genauen Angaben über die Gründe der Kämpfe machen können. Die Tatsache, daß es Gefechte unbekanntem Ausmasses gegeben hat, die noch anhalten, ist auch unter Diplomaten in der vietnamesischen Hauptstadt wohl bekannt. Ein hoher vietnamesischer Politiker dementierte, daß es Gefechte gegeben hat; die Dementis sind jedoch nicht besonders nachdrücklich oder überzeugend, und er erklärte gleichzeitig, daß Vietnam und China Ansprüche auf Teile des jeweils anderen Territoriums geltend machen... So hat China nicht nur mit der Sowjetunion und Indien Grenzprobleme, sondern auch mit Vietnam, das trotz seiner Armut noch eine militärische Großmacht in Asien ist. Es gab Meldungen, daß dreißig Menschen bei den Kämpfen im Februar dieses Jahres im Grenzgebiet zwischen China und Vietnam getötet wurden. Die Situation in dem Gebiet ist gespannt, bestätigt der Chefredakteur der Hanoi-Zeitung Nhan Dan, Huang Tung, der auch Mitglied des ZK der KP ist. Er sagt, Gespräche zwischen den beiden Ländern über das Recht auf eine wichtige Inselgruppe im Südchinesischen Meer seien abgebrochen worden, und die vietnamesischen Unterhändler hätten sich von Peking auf den Heimweg gemacht. Die Berichte über Grenzkämpfe zwischen Vietnam und China kommen für die Diplomaten in Peking nicht direkt überraschend. Eine Hongkonger Zeitung brachte vor einiger Zeit auch Berichte über vietnamesische Truppen, die schon im April 1975 an sechs Stellen über die Grenze nach China vorgerückt seien. Die Zeitung bezeichnete diese Gebiete als Gebiete, die von Vietnam beansprucht werden..."

17) So wörtlich der Chefredakteur der Nhan Dan,

Huang Tung, in FEER, 21.4.78, S.18.

- 18) FEER, 14.7.78, S.6.  
 19) Ebenda, S.19.  
 20) Hierzu vor allem Dieter Heinzig, "Zum Streit um die Inseln des Südchinesischen Meeres", aus: Berichte des Bundesinstituts für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien Köln, Hefte 1974, Nr.58, 59 und 60, mit hervorragendem Kartenmaterial in Nr.58. Ferner Nieh Yu-hsi, Die Rechtsfrage der Archipele im Südchinesischen Meer, C.a. Februar 1974, S.25 ff.  
 21) Hierzu Heinzig, a.a.O., Nr.58, S.5-13.  
 22) The Military Balance 1977/78 des International Institute for Strategic Studies, London 1977, S.65.  
 23) The Military Balance 1976/77, London 1976, S.50.  
 24) Dazu Oskar Weggel, Die Außenpolitik der Volksrepublik China, Stuttgart 1977, S.35 f.  
 25) Hierzu Hosea Ballou Morse, The International Relations of the Chinese Empire, Vol.II, "The Period of Submission, 1861-1893", o.O. 1917, Nachdruck Taipei o.J., S.340-367.  
 26) Ebenda, S.349.  
 26a) Zitiert bei J.R.V.Prescott, Map of Mainland China by Treaty, Melbourne 1975, S.452.  
 26b) Ebenda, S.453 f.  
 26c) Ebenda, S.454 ff.  
 26d) Ebenda, S.448.  
 26e) Angaben dazu in "Indochina", Dezember 1943, herausgegeben von der Naval Intelligence Division, o.O., S.418-431.  
 26f) Augsburg 1977. 27) Chung-hua jen-min kung-hu-kuo t'iao-yüeh chi ("Gesammelte Verträge der Volksrepublik China", herausgegeben vom Außenministerium der Volksrepublik China, Band 2 (Peking 1957), S.138-140.  
 28) Ebenda, Band 3 (Peking 1958), S.102-105.  
 29) Ebenda, Band 4 (Peking 1958), S.154-158.  
 30) Ebenda, Band 6 (Peking 1958), S.177-178.  
 31) Ebenda, Band 6, S.175.  
 32) PRu 1978, Nr.29, S.25 f.  
 33) Ebenda, S.25.  
 34) PRu 1973, Nr.13, S.11 und Gerd Kaminski, Die Haltung der Volksrepublik China zum völkerrechtlichen Gebietserwerb, Nr.3 der Berichte des Österreichischen Chinaforschungsinstituts, Wien 1975, S.21.